

**Landesanstalt für Kommunikation
Baden-Württemberg (LFK)
Anstalt des Öffentlichen Rechts**

**Geschäftsbericht und Jahresabschluss 2022
(Kurzfassung)**

Aufgaben

Zum Aufgabenbereich der LFK gehören insbesondere die Zulassung privater Veranstalter, die Oberverteilung von Übertragungskapazitäten zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Bedarfsträgern, die Planung und Ausschreibung von Verbreitungsgebieten für privaten Hörfunk und privates Fernsehen, die Ausweisung und Zuweisung von Übertragungskapazitäten an private und öffentlich-rechtliche Rundfunkveranstalter, die Förderung der technischen Infrastruktur der baden-württembergischen Rundfunklandschaft, das Fördern und Betreiben von innovativen Projekten und neuen Medienentwicklungen, die Förderung nichtkommerzieller Veranstalter, die Förderung der Medienkompetenz, die medienwissenschaftliche Begleitforschung und die Förderung von Aus- und Fortbildung im privaten Rundfunk. Daneben obliegt der LFK die Aufsicht über private Rundfunkveranstalter, Telemedien-Anbieter, den Jugendmedienschutz und seit 2018 auch die Aufsicht für den redaktionellen Datenschutz. Seit 2020 sind mit dem Medienstaatsvertrag für die LFK weitere Aufgaben hinzu gekommen wie etwa die Regulierung von Medienplattformen und Medienintermediären oder die Überwachung journalistischer Grundsätze bei geschäftsmäßigen Telemedien.

Rechtsgrundlagen

- das Landesmediengesetz (LMedienG) vom 19. Juli 1999 (GBl. S. 273, ber. S. 387), in der jeweils gültigen Fassung
- der Staatsvertrag zur Modernisierung der Medienordnung in Deutschland (Medienstaatsvertrag - MStV) vom 23. April 2020, in der jeweils gültigen Fassung
- Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag - JMStV) vom 10. bis 27. September 2002 (GBl. S. 93), in der jeweils gültigen Fassung
- Telemediengesetz vom 26. Februar 2007 (BGBl. I 2007, S. 179); in der jeweils gültigen Fassung
- Verordnung der Landesanstalt für Kommunikation über die Ausweisung und Zuweisung von Übertragungskapazitäten (NutzungsplanVO) vom 15. November 1999 (GBl. S. 459), in der jeweils gültigen Fassung
- Rechtsverordnung der LFK über die Festsetzung der Gebührensätze für ihre Amtshandlungen (Gebührenverordnung) vom 14. Februar 2005 (GBl. S. 184), in der jeweils gültigen Fassung
- Geschäftsordnung des Vorstands der Landesanstalt für Kommunikation in der jeweils gültigen Fassung;
- Geschäftsordnung des Medienrats der Landesanstalt für Kommunikation in der jeweils gültigen Fassung.

Organe der Landesanstalt für Kommunikation

Vorstand: Der Vorstand ist für alle Aufgaben der LFK zuständig, soweit nicht ausdrücklich eine andere Zuständigkeit bestimmt ist. Er besteht aus einem hauptamtlichen Vorsitzenden und vier ehrenamtlichen Mitgliedern, die vom Landtag gewählt werden. Die Amtszeit der Mitglieder des Vorstands beträgt sechs Jahre. Sie beginnt mit dem Tag der Ernennung des Vorsitzenden. Erfolgt die Bestellung und Verpflichtung anderer Mitglieder erst nach diesem Zeitpunkt, so verkürzt sich deren Amtszeit entsprechend.

Die Amtszeit des Vorstands der sechsten Amtsperiode begann am 1. April 2017.

Mitglieder des Vorstands der sechsten Amtsperiode: Dr. Wolfgang Kreißig, Vorsitzender des Vorstandes und Präsident der Landesanstalt für Kommunikation, Bettina Backes, stellv. Vorstandsvorsitzende, Sabrina Hartmann, Prof. Dr. Ines Müller-Hansen, Prof. Dr. Hans-Peter Welte.

Stellvertreter: Arnhilt Kuder, Rosa Grünstein, Hagen Kluck, Prof. Dr. Boris Alexander Kühnle

Medienrat: Der Medienrat ist die Vertretung der gesellschaftlich relevanten Gruppen. Der Gesetzgeber hat hierüber in § 41 Abs. 1 LMedienG eine Auswahl getroffen. Darüber hinaus entsendet jede Fraktion im Landtag einen Vertreter. Vier weitere Vertreter werden aufgrund von Vorschlägen der Fraktionen vom Landtag im Wege der Verhältniswahl nach dem Höchstzahlverfahren (Sainte-Laguë/Schepers) gewählt (§ 41 Abs. 2 LMedienG).

Gemäß § 41 Abs. 4 LMedienG beträgt die Amtszeit der Mitglieder des Medienrats fünf Jahre. Die achte Amtsperiode des Medienrats begann am 4. April 2022. Vorsitzender des Medienrats ist Dr. Wolfgang Epp. Seine beiden Stellvertreterin und Stellvertreter sind Dagmar Lange und Prof. Dr. Holger Paesler. Zur Vorbereitung seiner Entscheidungen hat der Medienrat einen Haushaltsausschuss, einen medienpädagogischen Ausschuss, einen Ausschuss für Medienkonvergenz und Digitale Gesellschaften und einen Ausschuss für Teilhabe und Gleichberechtigung gebildet (§ 45 Abs. 5 Satz 2 LMedienG).

Weitere Organe im Verbund aller 14 Landesrundfunkanstalten sind die Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK), die Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK), die Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) sowie die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM).

Jahresabschluss 2022 (Zusammenfassung)

	Haushaltsjahr 2022	Haushaltsjahr 2021
	EUR (€)	EUR (€)
Einnahmen		
Rundfunkbeiträge	12.439.939	11.832.191
Verwaltungseinnahmen	7.921	72.848
Erträge aus Finanzanlagen	0	0
Erstattung von Kostenanteilen	4.399.735	4.528.439
Barbestand zum 1. Januar	1.354.880	3.205.103
Entnahmen aus Rücklagen	0	154.876
<u>Summe der Einnahmen</u>	<u>18.202.475</u>	<u>19.793.457</u>
Ausgaben		
Personalausgaben	3.170.111	3.145.824
Sachausgaben	1.131.075	937.513
Investitionen	133.771	103.411
Zulassungs- und Aufsichtsfunktion, Öffentlichkeitsarbeit	1.297.541	1.379.228
Kostenanteile der LFK am Gesamthaushalt der ALM	657.805	657.206
Förderungen gem. § 47 Abs. 1 Satz 2 LMedienG	6.575.665	11.953.599
Kooperationsprojekte im Bereich der Medienkompetenz	254.434	323.974
Kooperationsprojekt im Bereich Jugendmedienschutz	147.453	106.603
Förderungen im Bereich Regionalfernsehen	4.149.999	-
Einstellung in Rücklagen	684.620	1.186.100
Rückzahlung von Rundfunkbeiträgen an SWR	0	0
<u>Summe der Ausgaben</u>	<u>18.202.475</u>	<u>19.793.457</u>
Überschuss	0	0

Der vollständige Jahresabschluss trägt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ebner & Stolz. Der Medienrat der Landesanstalt für Kommunikation hat in seiner Sitzung am 22. Mai 2023 den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 beschlossen und den Vorstand entlastet.

Stuttgart, im Juni 2023

Dr. Wolfgang Kreißig
Präsident